

Widerstand gegen »Internetpranger«

Berlin. Der Vorschlag der Deutschen Polizeigewerkschaft, die Namen aus der Haft entlassener Sexualstraftäter im Internet zu veröffentlichen, ist auf breite Ablehnung gestoßen. Nordrhein-Westfalens Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) sagte am Dienstag, das im Verfassungsrecht wurzelnde Resozialisierungsinteresse werde durch die Anprangerung ehemaliger Haftinsassen nachhaltig beeinträchtigt. Ihnen drohe eine dauerhafte soziale Ausgrenzung. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) warnte vor einer Hetzjagd auf Vorbestrafte nach ihrer Entlassung aus dem Strafvollzug. Auch die Gewerkschaft der Polizei lehnt den Vorschlag ab.

(dapd/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/167359.widerstand-gegen-internetpranger.html>